



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

19.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Aktionsprogramm gegen Rechts**

Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium  
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Gefahrenabwehr

**Veränderung**  
von **um** auf

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

	von	um	auf
<b>Gesamtkosten</b>	64.226,9	+4.000,0	68.226,9
<b>Produktabgeltung</b>	59.328,2	+4.000,0	63.328,2

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Nach seiner skandalösen Rolle beim Rechtsterror des NSU ("Nationalsozialistischer Untergrund") sollte der sogenannte „Verfassungsschutz“ dazulernen: Nie wieder sollte rechter Terror unerkant bleiben. Dazu wurden die Mittel und Kompetenzen des hessischen Geheimdienstes wieder einmal massiv aufgestockt. Doch leider bleibt der „Verfassungsschutz“ weiterhin jeglichen Nachweis eines erfolgreichen Kampfes gegen rechte Gewalt und Terror schuldig: Die Akten der mutmaßlichen Beteiligten beim Mord an Walter Lübcke wurden 2015 und 2016 aus unerfindlichen Gründen gelöscht und dem NSU-Ausschuss vorenthalten, obwohl oder sogar weil diese Beteiligten jahrzehntelang als militante und straffällige Neonazis bekannt waren. Dabei wurde der hessische „Verfassungsschutz“ seit 2001 mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet und das Budget alleine seit 2006 in mehr als verdoppelt! Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" umwandeln in einer wissenschaftliche arbeitende Stelle für Demokratie und die Mittel auf das Niveau von 2006 absenken. Frei werdende Mittel sollen in Präventionsprogramme gegen Gewalt und gegen Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**